

Gemeinderat öffentlich - vom 31.05.2016

1) TOP Bürger fragen

Herr Frank Nickel: In Allmendshofen, auf Höhe der Bühlstraße müsste eine Ampelanlage installiert werden, da das Überqueren der Straße insbesondere für Kinder sehr gefährlich sei. In der Bürgerversammlung in Allmendshofen sei die Aussage getätigt worden, dass dies nicht möglich sei. Warum sei dies juristisch und rechtlich nicht machbar?

Oberbürgermeister Pauly: Die Frage solle schriftlich an die Verwaltung gestellt werden, dann werde man Herrn Nickel auch eine ausführliche schriftliche Antwort zukommen lassen.

Bürgermeister Kaiser: Der Gemeinderat hätte vor zwei bis drei Jahren entschieden, an der Kreuzung zur Bühlstraße keine weitere Ampelanlage zu installieren. Am Grünen Baum sei bereits eine Druckknopfampel vorhanden. Um eine weitere Ampel an der Straße anbringen zu dürfen, müssten mehrere Dinge berücksichtigt werden. Einmal der Abstand zu einer bestehenden Ampel, zudem das Fußgängeraufkommen an dieser Stelle.

Bei den beiden Ampeln am Bahnhof seien die Gegebenheiten anders. Bei der Planung des Busbahnhofes sei Voraussetzung für eine Genehmigung an der Kreisstraße gewesen, dass zwei Ampeln zur Sicherung der ein- und ausfahrenden Busse installiert werden müssen. Die beiden Druckknopffußgängerampeln seien dann „Abfallprodukte“ dieser beiden Ampeln gewesen.

Herr Bernhard Meder: Er wolle wissen, ob den Gästen gestattet werden könnte, auch während der Beratung des Tagesordnungspunktes 2 „Stahlbrücke Allmendshofen / Brücke über die Breg – erneute Beratung Neubau Brücke“ Fragen zu stellen.

Oberbürgermeister Pauly: Sollten Fragen zum Tagesordnungspunkt 2 bestehen, könnten diese jetzt bei Tagesordnungspunkt 1 „Bürger fragen“ gestellt werden. Fragen während der Beratung zum Thema Brücke Allmendshofen werde er nicht zulassen. Er bitte hierfür um Verständnis.

Herr Manfred Kaiser: Für die Landwirte sei es unmöglich, an der Kreuzung „Grüner Baum“ auf die Landesstraße einzubiegen. Die Brücke über die Breg dürfe nicht nur durch eine Fuß- und Radwegbrücke ersetzt werden.

Herr Elmar Enssle: Die Kreuzung am Grünen Baum sei sehr kritisch. Des Weiteren würde die B 27 vierspurig ausgebaut, was sicherlich auch zu einer Verkehrsmehrbelastung führen werde.

Oberbürgermeister Pauly: Mit dem vierspurigen Ausbau der B 27 seien auch Maßnahmen am Zubringer Allmendshofen geplant.

Bürger: Er fragt, ob eine Bedarfsanalyse mit Beteiligung der Landwirte durchgeführt worden sei.

Bürgermeister Kaiser: Eine Bedarfsanalyse sei von der Verwaltung vorgenommen worden. Der Gemeinderat hätte in der Sitzung am 26.01.2016 gewusst, wieviele Haupt- und Nebenerwerbslandwirte aus Allmendshofen die Bregbrücke in den vergangenen Jahren genutzt hätten. Auch die Umwegstrecke, die durch Entfall der Bregbrücke für den einzigen Haupterwerbslandwirt zwischen Hofgebäude und dem am Zubringer vorhandenen Rinderstall notwendig würde, sei in der Sitzung genannt worden. Die Verwaltung hätte nach dieser Bedarfsanalyse die Einschätzung gehabt, dass aufgrund der relativ wenigen Landwirte auf eine befahrbare Brücke verzichtet werden könne und ein Umweg für diese hinnehmbar und zumutbar sei.

2) TOP 4-048/16 Stahlbrücke Allmendshofen / Brücke über die Breg - erneute Beratung Neubau Brücke

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly: Am 26. Januar 2016 habe der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, eine neue Brücke über die Breg in Allmendshofen als Fuß- und Radwegbrücke aus Aluminium zu bauen. Daraufhin habe in Allmendshofen eine Bürgerversammlung stattgefunden. Der Initiator, Stadtrat Franz Wild, habe mehrfach betont, dass für einen unwesentlich höheren Preis eine für die Allmendshofener Landwirte optimale Stahlbrücke mit einer Nutzlast von 16 t gebaut werden könne und auch solle.

Nach dieser Bürgerversammlung hätten sich aus Sicht der Verwaltung keine neuen Erkenntnisse ergeben, die eine erneute Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat rechtfertigen würden. Aufgrund des großen Protestes aus Allmendshofen hätte man aber entschieden, diese Frage dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Die noch bestehende Brücke würde unter Denkmalschutz stehen. Eine endgültige Entscheidung des Regierungspräsidiums Stuttgart, ob diese abgebrochen werden dürfe, stehe noch aus. Ein Abbruch könne also nur vorbehaltlich der Zustimmung durch die Denkmalbehörde erfolgen.

Herr Bunse führt mit Hilfe einer Power Point Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Diese liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Das von der Stahlbaufirma Stadler eingeholte Angebot müsse noch ergänzt werden, so dass Kosten für eine Brücke mit einer Nutzlast von 12 t in Höhe von 590.000 € entstehen würden. Eine Beschichtung mit Kosten in Höhe von 50.000 € werde von der Verwaltung empfohlen. Eine rein verzinkte Brücke sei nicht zulässig nach dem derzeitigen Regelwerk. Wenn eine hochwertige Feuerverzinkung gewählt werden würde, würden weitere Kosten entstehen. Auch Kosten für eine Entwässerung und die Abdichtung müssen hinzugerechnet werden. Brückenübergänge würden auch notwendig werden. Das Abbrechen der bestehenden Brücke und die Entsorgung würden ebenfalls noch Kosten verursachen, die hinzugerechnet werden müssten. Die Verwaltung plädiere dafür, eine zukunftsfähige Brücke zu bauen, die 100 Jahre Bestand haben solle. Mit dem Bau einer Brücke mit einer Nutzlast von 12 t würde keine zukunftsgerichtete Entscheidung getroffen.

Wenn sich der Gemeinderat für eine Spannbetonbrücke entscheiden würde, könnte diese erst im 4. Quartal dieses Jahres ausgeschrieben werden. Mit dem Bau könnte erst nach der Winterpause begonnen werden, sodass eine Fertigstellung im Sommer 2017 erst realisiert werden könne. Das Straßenbauamt hätte bezüglich der Problematik beim einfahren in die Landesstraße / Friedrich-Ebert-Straße und beim Abbiegen in den Zubringer Allmendshofen der Verwaltung Optimierungsvorschläge unterbreitet. Diese würden den allgemeinen Verkehrsfluss deutlich verbessern. Die Verwaltung würde diese beiden Vorschläge in den kommenden Monaten prüfen, planen und die Kosten ermitteln.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung sehe zwei Möglichkeiten. Entweder werde am im Januar gefassten Beschluss, eine Fuß- und Radwegbrücke zu bauen festgehalten oder es werde eine Brücke ohne Tonnagebegrenzung gebaut. Es sei nicht zukunftsgerichtet, eine Brücke für landwirtschaftliche Geräte mit einer Nutzlast von 12 t bzw. 16 t zu bauen.

Stadtrat Müller: Die CDU-Fraktion habe sich in den letzten Tagen intensiv mit diesem Tagesordnungspunkt auseinandergesetzt und mehrheitlich wolle man den Beschluss vom 26.01.2016 aufheben. Ausschlaggebend hierfür sei, dass nun klar sei, dass mehr als 200 ha Fläche im Ried bewirtschaftet würden und damit der Bau einer Fuß- und Radwegbrücke als

problematisch gesehen werde. Die CDU-Fraktion werde mehrheitlich für eine Brücke mit einer Nutzlast von 16 t stimmen. Die Kosten sollen auf 600.000 € gedeckelt werden und eine materialoffene Ausschreibung solle erfolgen.

Stadtrat Kuttruff: Die FDP/FW-Fraktion bleibe bei ihrer Meinung vom Januar. Es würde keine Alternative zur großen Lösung, Bau einer Spannbetonbrücke ohne Tonnagebegrenzung, geben. Sollte dies Lösung keine Mehrheit finden, solle eine Lösung gefunden werden, bei der das Ried auf alle Fälle erschlossen werde.

Stadtrat Karrer: An seiner Meinung habe sich nichts geändert. Die Mehrheit der SPD-Fraktion spreche sich weiterhin für den Bau einer Fuß- und Radwegbrücke aus. Wenn der Kosten – Nutzen Faktor betrachtet werde, würde nur der Bau einer Fuß- und Radwegbrücke in Frage kommen. Ein Umweg von 750 m sei für die dann betroffenen Landwirte durchaus zumutbar. Dies auch in Anbetracht dessen, dass die Stadt in den kommenden Jahren weitere teure und wichtige Projekte, wie die Sanierung des Parkschwimmbades oder die Sanierung/ Neubau der Realschule, finanzieren müsse. Wenn jedoch eine befahrbare Brücke gebaut werden solle, dann würde nur eine solche ohne Tonnagebegrenzung in Frage kommen, da alles andere ein Schildbürgerstreich wäre.

Stadtrat Wild: Die Bregbrücke hätte für die Allmendshofener Bürger eine große Bedeutung. Dies sei bei der Bürgerversammlung in Allmendshofen, wo auch Herr Oberbürgermeister Pauly, Herr Bürgermeister Kaiser und viele Gemeinderäte teilgenommen hätten, deutlich geworden. Es sei unverständlich, dass von der Verwaltung eine Meinung vertreten werde, die zu 100 % am Bürgerinteresse vorbeigehen würde.

Beim Bau einer Brücke mit einer Nutzlast von 12 t solle nur das Regelwerk eingehalten werden und nur das getan werden, was nötig sei. Auf eine Beschichtung mit Kosten in Höhe von 50.000 € könnte verzichtet werden. Diese Beschichtung hätte ohnehin nur eine Lebensdauer von 25 Jahren. Eine notwendig werdende Feuerverzinkung würde 100 Jahre halten und günstiger sein als eine Beschichtung. Auf die Abdichtungsarbeiten in Höhe von 10.000 € könnte ebenfalls verzichtet werden, ebenso wie auf die Entwässerung, die Kosten in Höhe von 6.000 € verursachen würde. Wenn die unnötigen Maßnahmen rausgestrichen werden würden, könnte eine Brücke mit einer Nutzlast von 12 t unter 500.000 € gebaut werden. Die Allmendshofener Bürger benötigen eine Brücke über die Breg und mit dem Bau einer Brücke mit einer Nutzlast von 12 t seien alle Anforderungen erfüllt. Für eine Brücke ohne Tonnagebegrenzung würde in Allmendshofen kein Bedarf bestehen. Mit dem Bau einer Brücke ohne Tonnagebegrenzung würde in Allmendshofen Mehrverkehr von anderen Landwirten provoziert und dies wolle niemand in Allmendshofen. Der in der Sitzungsvorlage gemachte Vorschlag der Verwaltung mit einer Vollbeampelung könne er nicht ernst nehmen.

Stadtrat Blaurock: Auch er habe im Januar für eine Fuß- und Radwegbrücke gestimmt. Aufgrund der Bürgerversammlung in Allmendshofen hätte er neue Erkenntnisse gewonnen, die ihn dazu bewegen würden, den damaligen Beschluss zu kippen. Die Allmendshofener benötigen keine Brücke ohne Tonnagebegrenzung sondern eine Brücke, die für die kleinen dort ansässigen Landwirtschaftsbetriebe geeignet sei. Aus diesem Grund werde die Grünen-Fraktion für den Bau einer Brücke mit einer Nutzlast von 12 t bzw. 16 t stimmen.

Stadtrat Vetter: Bei dem Bau einer Fuß- und Radwegbrücke würden für den landwirtschaftlichen Verkehr enorme Nachteile entstehen. Mit dem Bau einer Brücke mit einer Nutzlast von 12 t könnten sicherlich 80 % des landwirtschaftlichen Verkehrs darüber abgewickelt werden und die Bedürfnisse der Allmendshofener Landwirte würden befriedigt werden. Die von der Verwaltung ermittelten Kosten sollten jetzt aber nicht schöngerechnet werden. Mit Kosten in Höhe von 590.000 € müsse der Gemeinderat rechnen.

Bürgermeister Kaiser: Wenn man die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich beobachte würde klar, dass nur eine Brücke, wenn diese befahrbar sein solle, ohne eine Tonnagebe-

grenzung zukunftsfähig sei. Bei Sonderaufgaben würden die Landwirte beim Maschinenring große Maschinen mieten, mit denen sie dann nicht mehr über eine Brücke mit einer Nutzlast von 12 t bzw. 16 t fahren dürften.

Stadtrat Roland Erndle: Wenn eine Brücke mit einer Tonnagebegrenzung gebaut werde, würde den jungen Landwirten eine Chance auf Erweiterung und Vergrößerung genommen. Eine solche Einschränkung sei von der FDP/FW-Fraktion nicht gewollt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, den Beschluss vom 26.01.2016, eine Fuß- und Radfahrbrücke aus Aluminium zu bauen, nicht aufrechtzuerhalten.

(30 Ja, 3 Nein)

2. Der FDP/FW-Antrag, eine Spannbetonbrücke ohne Tonnagebegrenzung zu bauen, wird abgelehnt.

(22 Nein, 11 Ja)

3. Dem GUB-Antrag, eine Stahlbrücke mit einer Nutzlast von 12 t ohne Kostendeckel zu bauen, wird nicht zugestimmt.

(17 Nein, 11 Ja, 5 Enthaltungen)

4. Dem CDU-Antrag, eine Brücke mit einer Nutzlast von 16 t zu bauen, die materialoffen ausgeschrieben werden soll und Kosten in Höhe von 600.000 € nicht überschreiten soll, wird zugestimmt.

(26 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen)

Oberbürgermeister Pauly: Sollte die Ausschreibung über den 600.000 € liegen, würde der Gemeinderat erneut mit dem Thema befasst.

3) TOP 1-041/16 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 19.04.2016 gefassten Beschlusses

Der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 19.04.2016 gefasste Beschluss wird bekannt gegeben.

4) TOP 3-008/16 Aktueller Sachstand in der Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (BEA)

Oberbürgermeister Pauly: Mit Stand vom 25. Mai 2016 würden noch 352 Flüchtlinge in der BEA untergebracht sein. In der vorläufigen Unterbringung seien derzeit etwa 200 Flüchtlinge untergebracht.

Beschluss: Die Informationen zur Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge werden zur Kenntnis genommen.

5) TOP 1-043/16 Konversionsprozess - aktueller Stand

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Die Verhandlungen mit der BlmA seien höchst komplex, da das Land ebenfalls in diese involviert sei. Die Bestimmung des Verkehrswerts sei schwierig, da in einige Gebäude investiert worden sei und somit der Wert steige, bei anderen Gebäuden die hingegen bewohnt seien, würde der Wert sinken. Die Verhandlungen würden noch andauern, da die Preisvorstellungen noch zu weit auseinander liegen würden.

Stadtrat Hall: Er danke der Verwaltung für die Informationen und das engagierte Verhandeln mit dem Land und der BlmA. Es sei ein wesentlicher Erfolg, dass das Land sich nun aus der Planungshoheit der Stadt heraushalte. Die Teilung des Konversionsgeländes sei nicht glücklich. Er möchte die Verwaltung ermuntern, erneut bezüglich der Teilung mit dem Land zu verhandeln. Es müsse versucht werden, die Teilfläche 3b zeitgleich mit den Flächen 2b und 3a zu erwerben.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung hätte sich auch gewünscht, dass die Flächen 3 a und 3 b nicht geteilt worden wären. Bei den Verhandlungen würde es um jedes einzelne Gebäude gehen. Das Regierungspräsidium hätte zu Beginn gar keine Flächen aus dem Bereich 3 zum 01.01.2019 freigeben wollen. Das vorgelegte Ergebnis sei bereits ein Kompromiss. Die Flächen 3 b bis 6 würden in den nächsten zwei bis drei Jahren freigegeben. Da vom Regierungspräsidium nicht definiert worden sei, ab wann die zwei bis drei Jahre beginnen, gehe die Verwaltung davon aus, dass dies ab dem heutigen Datum zähle.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Verwaltung hätte einen Zwischenerfolg erreicht. Dennoch sei es schade, dass nur eine Teilfreigabe erfolgen solle. Oberbürgermeister Erik Pauly solle sich bemühen, dass die BEA in Donaueschingen so bald als möglich geschlossen werde. Die ganze Energie solle und könnte dann der Anschlussunterbringung der Flüchtlinge zugewendet werden.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Sachstand Kenntnis.

6) TOP 1-035/16 Haushalt 2016 - Übertrag Haushaltsreste aus 2015

Herr Zoller führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Kuttruff: Er danke der Kämmerei für die gute Arbeit.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Bei den Erträgen im Teilhaushalt 4 in Höhe von 280.205,42 € Erstattung Versicherung handle es sich um eine einmalige Zahlung. Grund hierfür sei der Wasserschaden (Pressfitting in der Wand ist undicht gewesen) im Kindergarten Wunderfitz gewesen.

Stadtrat Blaurock: Die Gründe für große finanzielle Abweichungen sollen in der Auflistung künftig benannt werden.

Stadtrat Dr. Wagner: Mit den jetzigen Erfahrungen könnten die Haushaltsansätze für das kommende Jahr genauer angesetzt werden. Je genauer die Haushaltsansätze definiert würden, desto weniger Korrekturen seien im Folgejahr notwendig.

Herr Zoller: Es sei schwierig, genau die richtige Höhe des Ansatzes zu finden, da Sondereffekte unterjährig immer zu Änderungen führen. Insbesondere die Einnahmen im Parkschwimmbad oder den Donauhallen könnten nicht vorhergesagt werden. Die Kämmerei versuche immer besser zu werden und dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit gerecht zu werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 1-036/16 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly: Es würden auch die Spender, die anonym bleiben wollen, in nicht-öffentlicher Sitzung genannt werden. Aus diesem Grund werde dies bei der Spende in Höhe von 1.060,00 € für den Ehrenfriedhof in der kommenden nichtöffentlichen Sitzung nachgeholt.

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden mit Ausnahme des anonymen Spenders wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 1-037/16 Gebührenhaushalte - kalkulatorische Zinsen

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**9) TOP 1-039/16 Amt 1 - Zentrale Steuerung und Finanzen
Amt 6 - Bildung und Soziales
Interne Stellenbesetzungen und Neubesetzung**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

10) TOP 1-044/16 Amt 3 Öffentliche Ordnung SG 33/Wiederbesetzung einer Vollzeitstelle im Gemeindevollzugsdienst

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 1-042/16 Amt 4 Stadtbauamt, Sachgebiet 42 Hochbau/Wiederbesetzung einer Stelle als Sachbearbeiter/in mit 100 % Beschäftigungsumfang

Oberbürgermeister Pauly: Bei der freiwerdenden Stelle handle es sich um eine Stelle mit 100 % Beschäftigungsumfang, die derzeit auf Bitten der Sachbearbeiterin aus persönlichen Gründen, mit 90 % wahrgenommen werde. Die Verwaltung wolle die Stelle wieder als Stelle mit 100 % Beschäftigungsumfang ausschreiben und besetzen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

12) TOP 1-040/16 Amt Innenrevision - Besetzung Stelle Amtsleitung

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

13) TOP 2-008/16 Reitturnier Donaueschingen GmbH - Weisungsbeschlüsse

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

14) TOP 2-009/16 Tourismus und Marketing - Jahresbericht 2015

Frau Engel stellt die wichtigsten Daten, Entwicklungen und Tätigkeiten des Jahres 2015 im Sachgebiet Tourismus und Marketing mit Hilfe einer Power Point Präsentation vor. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

(Auf Frage von Stadtrat Dr. Buller) Die Ankünfte würden anhand der Hotelankünfte ermittelt.

(Auf Frage von Stadtrat Karrer) Es sei geplant, die digitale Informationstafel noch vor dem DonauquellFest anzubringen.

(Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Geschäftsreisenden, die in Donaueschingen in einem Hotel untergebracht seien und in Donaueschingen arbeiten, würden keine Kurtaxe bezahlen. Die Geschäftsreisenden, die in anderen Städten arbeiten, müssten Kurtaxe bezahlen. Dies sei in der Satzung so geregelt.

(Auf Frage von Stadträtin Bronner) Die stark steigende Zahl von Gäste aus China hänge sicherlich damit zusammen, dass zwei bis drei Hotels Verträge mit Reiseveranstaltern abgeschlossen hätten.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei erfreulich, dass trotz der Donauquellensanierung die Übernachtungen im vergangenen Jahr noch gesteigert werden konnten. Er danke Amt 2 für die hervorragende Arbeit.

Beschluss: Der Jahresbericht 2015 des Sachgebiets Tourismus und Marketing wird zur Kenntnis genommen.

15) TOP 4-049/16 Lärmaktionsplanung / Trägeranhörung - weiteres Vorgehen

Herr Dr. Bronner: Die Verwaltung habe das von der EU geforderte Verfahren zur Lärmaktionsplanung durchgeführt. Das öffentliche Interesse an dem kompletten Verfahren sei sehr gering gewesen.

In Wolterdingen habe sich der Ortschaftsrat mehrheitlich für die Ausweitung von Tempo 30 ausgesprochen. Diese Maßnahme müsse durch das Regierungspräsidium genehmigt werden, da dieses aber bis heute noch keine Stellungnahme abgegeben habe, könne diese Maßnahme nur vorbehaltlich der Zustimmung des Regierungspräsidiums Freiburg beschlossen werden.

Stadtrat Blaurock: Von dieser Lärmaktionsplanung hätte man viel erwartet und sei nun ein wenig enttäuscht darüber, dass so wenig herausgekommen sei.

Die Verwaltung solle Geschwindigkeitsanzeiger anschaffen. Insbesondere im Residenzbereich wären diese Anzeigenschilder sicher hilfreich, damit die Autofahrer das Tempolimit einhalten würden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

16.1) TOP 4-054/16 Breiten Strangen in Donaueschingen / Erschließung Stichstraße - Vergabe

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**17) TOP 4-050/16 Eigenbetrieb Wasserversorgung / Rohrnetzmaterial 2016 -
Vergabe Jahreslieferung**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 7 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**18) TOP 4-053/16 Parkweg bis Gerbewiese in Donaueschingen / Erneuerung
Hauptwasserleitung - überplanmäßige Ausgabe**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

19) TOP 4-051/16 Fürstenberg-Gymnasium / Außenanstrich - Vergabe

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

20) TOP 4-046/16 Technische Dienste / Minibagger - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(31 Ja, 2 Enthaltungen)

21) TOP 4-047/16 Donauhallen / Reinigungsarbeiten - Vergabe

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Auskömmlichkeit der Angebote würde intensiv überprüft und die Verwaltung sei zum Ergebnis gekommen, dass das Angebot der Firma Büche Gebäudemanagement GmbH auskömmlich sei. Bei dem Angebotspreis in Höhe von 29.801,82 € handle es sich um den Bruttobetrag.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

22) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Technischer Ausschuss am 14. Juni 2016

Oberbürgermeister Pauly: Die geplante Sitzung des Technischen Ausschusses am 14. Juni 2016 könne entfallen.

Einweihung des Schlossplatzes in Saverne am 9. Juli 2016

Oberbürgermeister Pauly: Anlässlich der Einweihung des neuen Schlossplatzes in Saverne plane er eine Motoradausfahrt. Damit die Hotelzimmer reserviert werden können, bitte er darum, dass sich Interessierte im Laufe der Woche bei ihm melden. Gerne könne auch mit dem Auto oder anderen Verkehrsmitteln nach Saverne gereist werden. Am selben Tag finde zudem die Radsternfahrt auf den Fürstenberg statt.

Bräunlinger Straße zum SSC Sportplatz

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Dr. Kaminski) Der verlängerte Weg der Bräunlinger Straße, der zum SSC Sportplatz führe, sei nur für den landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben. Diese für Autofahrer gesperrte Straße werde nicht häufiger von Autos befahren als andere nur für den landwirtschaftlichen Verkehr zugelassenen Straßen. Der Gemeindevollzugsdienst sei dort auch immer mal wieder präsent, um dies zu kontrollieren. Die Sperrung der Straße durch einen Pfosten hätte es bereits gegeben. Aus Sicherheitsgründen hätte dieser Pfosten wieder entfernt werden müssen. Des Weiteren hätten die Landwirte darum gebeten, künftig auf eine physische Sperrung zu verzichten.

Stadtrat Dr. Kaminski: Eine andere Beschilderung könnte eventuell effektvoller sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Anregung werde aufgenommen und geprüft.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Es seien überwiegend Personen, die zum Sanatorium fahren und Auswärtige, die diesen Weg benutzen würden.

Kneippanlage bei der Juniperusquelle

Stadträtin Blaurock: Das Holzbecken für die Arme sei bei der Kneippanlage bei der Juniperusquelle in Allmendshofen außer Betrieb.

Herr Bunse: Ihm sei davon nichts bekannt. Die Verwaltung werde sich darum kümmern.